



Presseschau vom 22.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends /nachts:

de.sputniknews.com: Lawrow warnt vor Kriegshysterie um Nordkorea

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat nukleare Abenteuer Nordkoreas entschieden verurteilt. Zugleich erklärte er am Donnerstag in der UN-Vollversammlung in New York, dass die Schürung der Kriegshysterie um die KDVR ein verderblicher Weg ist, der in eine Sackgasse führt.

„Die Spirale der Konfrontation um Nordkorea dreht sich immer schneller und gefährlicher. Wir verurteilen entschieden die Raketen- und Atomabenteuer Pjōngjangs, die gegen entsprechende Resolutionen des Weltsicherheitsrates verstoßen“, betonte der russische Chefdiplomat...

dnr-online.ru: Alexandr Kostenko, Vorsitzender der Parlamentsfraktion „Donezkaja Respublika“ kommentierte in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR die Informationen über einen Anschlag auf seinen Leben durch eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe.

„Das ist tatsächlich so, ein Anschlag wurde geplant. Spezialdienste der DVR haben bestätigt, dass es vor einer Woche einen Versuch gab, einen Anschlag auf mich zu unternehmen, am 14. September. Ich denke, das Ziel, das die ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppen verfolgten, war, mich aus der politischen Arena als Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden zu entfernen.

Ich unterstreiche auch, dass der Versuch im Vorfeld des Auftritts von Poroschenko im UN-

Sicherheitsrat und der Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk unternommen wurde. Trotz dieses Vorfalls werde ich nicht von meinen politischen Verpflichtungen zurücktreten. Ich habe mich als Soldat 2014 nicht zurückgezogen, ich werde es auch jetzt nicht tun. Mein Ziel ist es, maximal dafür zu wirken, dass im Donbass ein friedliches Leben zurückkehrt“, sagte Alexandr Kostenko.

de.sputniknews.com: Lawrow: „Auf abgeschottete Militärallianzen verzichten“

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Donnerstag bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung dazu aufgerufen, auf die Politisierung des Welthandels und abgeschottete Militärallianzen zu verzichten.

„Man darf nicht mehr auf abgeschottete Militärallianzen setzen, sondern muss Sicherheitsgarantien und Hilfe denjenigen Staaten leisten, die ihre Wahl zugunsten der Neutralität treffen. Und im wirtschaftlichen Bereich müssen wir die Barrieren minimisieren, die auf dem Weg zu Investitionen und dem Handel stehen. Wir müssen damit aufhören, wirtschaftliche Beziehungen zu politisieren“, sagte er.

Russland habe sich längst von dem Erbe des Kalten Krieges getrennt, betonte der russische Außenminister weiter. Doch ausgerechnet die Nato sei darauf aus, das Klima des Kalten Krieges wieder aufleben zu lassen.

Dnr-online.ru: Der Leiter der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination Ruslan Jakubow kommentierte eine weitere Erklärung der ukrainischen Seite, die heute, am 21. September, verbreitet wurde.

„Vom Pressezentrum des Stabs der sogenannten ATO, die Krieg gegen das Volk des Donbass, seine Einwohner und seine Infrastruktur führt, wurde am 21. September eine weitere verlogene Erklärung verbreitet, die auf die Diskreditierung der DVR abzielt. In ihr heißt es, dass wie im Fall mit der Gasverteilungsstation in Marjinka die DVR nicht an einem Wiederaufbau kritisch wichtiger Infrastruktur, unter anderem des Jushno-Donbasskij-Wasserwerks, das zwischen der Donezker Filterstation und Awdejewka liegt, interessiert sei. Bei der Durchführung von Reparaturarbeiten müssen die Konfliktseiten spiegelbildlich Sicherheitsgarantien mit Heranziehung von OSZE-Patrouillen für das Monitoring geben. Zuvor haben wir mehrfach versucht, Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an diesem Teilstück zu leisten, aber die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination hat die übernommenen Sicherheitsgarantien nicht gewährleistet, was von der Inkompetenz der Führung der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zeugt sowie von der Unkontrollierbarkeit der zu den ukrainischen Streitkräften gehörenden Freiwilligenbataillonen.

Von unserer Seite aus unterstreichen wir die Absicht, die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zur Einhaltung des „Schulwaffenstillstands“ fortzusetzen, was unsere Seite mehrfach erklärt hat, bis hin zur Veröffentlichung der Befehle über die disziplinarische Verantwortlichkeit der Soldaten, die den Waffenstillstand verletzen.

Die Situation mit der Reparatur des Jushno-Donbasskij-Wasserwerks wird dadurch erschwert, dass die ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2016 ihre Positionen tief in die „graue Zone“ vorgeschoben haben und eine weiteres Mal die Minsker Vereinbarungen verletzt haben. Wir sind bereit, die Reparaturarbeiten, die für eine vollwertige Funktion dieses Objekts notwendig sind, unter der Bedingung durchzuführen, dass sich die Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte auf die zuvor eingenommenen Positionen zurückziehen und zusätzliche Sicherheitsgarantien für die Zeit der Durchführung der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten leisten.

Wir sind auch bereit, spiegelbildliche Sicherheitsgarantien unter Hinzuziehung der OSZE-Mission zum Monitoring der Durchführung der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten auf der

ukrainischen Seite des Jushno-Donbasskij-Wasserwerks zu geben“, sagte Ruslan Jakubow.

de.sputniknews.com: Tschernobyl: Kein Lagerplatz mehr für hochradioaktiven Atommüll – was nun?

Das Atomkraftwerk von Tschernobyl verfügt über keine ausreichenden Kapazitäten zur Lagerung des hochradioaktiven Atommülls, teilte am Donnerstag der Pressedienst der Ukrainischen Staatlichen Aufsichtsbehörde zur Verwaltung der Sperrzone von Tschernobyl mit.

Die Behörde erklärte in ihrem Facebook-Account, dass sich im Moment über 20.000 Kubikmeter von flüssigen radioaktiven Abfällen auf dem Areal des Atomkraftwerks angesammelt hätten. Diese würden in speziellen Containern in Lagerhäusern aufbewahrt. Allein die Verarbeitung der sich bereits angesammelten Volumen werde laut der Meldung der Behörde etwa 29 Jahre in Anspruch nehmen, so die Behörde. Experten gehen davon aus, dass nach der Verarbeitung dieser Abfälle über 300.000 Behälter mit dem Atommüll zur Endlagerung entstehen werden – es gebe allerdings Kapazitäten für maximal 70.000 Einheiten.

Zuvor hatten bereits Erklärungen der ukrainischen Führung für Schlagzeilen gesorgt, man solle aus dem Atomkraftwerk von Tschernobyl in Zukunft ein „attraktives Investitionsprojekt“ machen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31552/41/315524140.jpg>

de.sputniknews.com: Stoltenberg kommentiert Treffen mit Lawrow
Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Donnerstag das Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow am Rande der UN-Generalversammlung in New York als „gut“ bezeichnet und die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Russland und des Militärbündnisses unterstrichen.

„Wir hatten ein gutes Treffen mit Außenminister Lawrow. Wir diskutierten verschiedene Themen, darunter die Bedeutung des Dialogs zwischen Russland und der Nato zu einem Zeitpunkt, in dem die Beziehungen zwischen uns schwierige Zeiten durchleben“, sagte Stoltenberg gegenüber Journalisten.

Darüber hinaus habe er mit Lawrow die Frage der sogenannten militärischen Kommunikationskanäle erörtert. Vor zwei Wochen hatten sich laut Stoltenberg der Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, General Petr Pavel, und Russlands

Generalstabschef Valeri Gerassimow getroffen. Dadurch sei es gelungen, die militärischen Kommunikationskanäle zwischen Russland und der Nato zu stärken.

„Wir haben Probleme in Afghanistan sowie die Nichtverbreitung besprochen, einschließlich der Ansagen seitens Nordkoreas“, so Stoltenberg.

Das russische Außenministerium erklärte in seinem Kommentar zum Treffen von Lawrow und Stoltenberg, dass sie „den aktuellen Stand und die Perspektive der Beziehungen zwischen Russland und der Nato sowie einige aktuelle Themen der internationalen Agenda“ besprochen hätten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30782/72/307827291.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Einfluss von außen auf Bundestagswahl gibt es – nicht aber aus Russland – US-Zeitung**

Es sind vor allem amerikanische Hacker-Gruppen, die hinter den Manipulationsversuchen in sozialen Netzwerken, auf YouTube und Internetplattformen wie 4chan, reddit und Gab.ai im Vorfeld der Bundestagswahlen stehen. Dies schreibt der US-Experte Kim Hjelmgaard für die Zeitung „USA TODAY“.

„Ein Bündnis von größtenteils anonymen Internet-Trollen und Extremisten mischt sich in die Bundestagswahlen ein, nach Angaben von Forschern sind es aber nicht Russen“, schreibt Hjelmgaard.

Hierbei geht es um verschiedene Posts und Meldungen, die in weiten Internetbereichen etwa eine Woche vor dem Wahltag in Deutschland erschienen sind.

In seinem Beitrag zitiert Hjelmgaard den deutschen Professor Simon Hegelich von der Hochschule für Politik an der TU München, der gesagt habe, dass bislang keine konkreten russischen Aktivitäten in Bezug auf die Bundestagswahl festgestellt worden seien.

Hegelich, der die Bundesregierung unter anderem in Angelegenheiten der Cyber-Sicherheit und Cyber-Kriminalität berät, soll außerdem erläutert haben, dass das Verfolgen einer Hackerspür an sich extrem schwierig sei und unter Umständen nie abschließend gelöst werden könne.

Deutschland als Hotspot der Alt-Right-Bewegung

Die Analyse von über 300 Millionen Tweets über die letzten sechs Monate durch Hegelich und einige weitere Wissenschaftler der TU München habe aber gezeigt, dass Deutschland der „Hotspot“ für Internetposts unter dem Hashtag "#AltRight" sei.

Vieles deute hierbei auf eine Verbindung zu der Alt-Right-Bewegung in den USA hin. So sei bei der Analyse der Nutzung von Social Bots dem deutschen Wissenschaftler auch ein ganz klarer politischer Trend aufgefallen.

„Dass zumindest in den Daten, die wir analysieren, wir sehr viele Bot-Netze finden, die im rechten Spektrum tätig sind. Teilweise auch mit einer engen Verbindung aus Deutschland hin zur sogenannten Alt-Right-Bewegung in den USA, also zur rechtsradikalen Bewegung in Amerika“, wird Hegelich von deutschen Medien zitiert...

Lug-info.com: In der Altschewsker Schule und im Kindergarten „Rostok“ wurde eine Gedenktafel für den Helden des Krasnodoner Untergrunds während des Großen Vaterländischen Kriegs Andrej Walko eingeweiht, teilte die Stadtverwaltung mit. „Heute ist ein wirklich bedeutsamer Tag für das Leben der Ortschaft, für das Leben der Stadt. Die historische Wahrheit siegt und in unserer Stadt erinnert man sich an das Leben unseres Landsmanns Andrej Andrejewitsch Walko, der an den Anfängen der Bildung der „Jungen Garde“ stand. Wir erinnern uns an seine Heldentat, wir sind stolz, dass er zu uns gehört, ein Altschewsker ist“, sagte der stellvertretende Bürgermeister von Altschewsk Iwan Dershij. Andrej Walko wurde im Lugansker Gebiet beim Shilowsker Bergwerk geboren. Er war Soldat im ersten Weltkrieg und im Bürgerkrieg. Er arbeitete in führenden Positionen im Bergbau und in Goldgruben. Zu Beginn des Krieges leitete er zwei Bergwerke in Krasnodon. Er wurde am ersten Tag der Besetzung der Stadt von den Deutschen festgenommen und zusammen mit mehr als 30 weiteren Bergleuten Ende September 1942 hingerichtet - die Bergleute wurden lebend im städtischen Park begraben. Die Hinrichtung der Bergleute bewegte die Jugend von Krasnodon zur Schaffung der antifaschistischen Untergrundorganisation „Junge Garde“.



<http://img.lug-info.com/cache/3/c/IMAG0296.jpg/w620h420.jpg>

de.sputniknews.com: Russlands UN-Botschafter erstaunt über US-Vorwürfe
Wassili Nebensja, Botschafter Russlands bei der UNO, hat die Erklärung des US-Außenministers Rex Tillerson vom Donnerstag über den angeblichen Versuch Moskaus, die

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) zu schwächen, kommentiert.

„Wir haben heute vom US-Außenminister mit Erstaunen erfahren, dass Russland auch noch das Potenzial von der IAEA schwächt“, sagte Nebensja. „Das ist für uns natürlich etwas Neues.“ Die russische Seite sei ebenso überrascht, dass die USA entschieden, das Format des UN-Sicherheitsrates nicht für die Erörterung von gemeinsamen Prinzipien der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu nutzen, sondern für den Kampf gegen die Länder, die durch einzelne Mitglieder der Sicherheitsrates zu „Schurkenstaaten“ erklärt werden.

Bei der Sitzung der UN-Vollversammlung hatte Tillerson den Ländern, die Atomwaffen entwickeln, die Länder entgegengesetzt, die auf nukleare Waffen (Ukraine, Kasachstan, Belarus) oder deren Entwicklung (Südafrika, Südkorea) verzichten. Russlands UN-Botschafter erinnerte dagegen daran, dass die Regeln der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen bereits für die Attacken auf Saddam Hussein und Muammar Gaddafi benutzt worden seien. Das habe einige Länder in der Folge veranlasst, Atomwaffen zu entwickeln.

„Das rechtfertigt keineswegs das nordkoreanische Atom- und Raketenprogramm“, so der russische UN-Botschafter. „Die Gründe, die dahinter stecken, nicht zu sehen und nicht zu verstehen ist aber auch kurzsichtig“, betonte er. Nebensja betonte, dass der Iran und Nordkorea nun verbunden seien, denn wenn sich die USA auf Atom-Deal mit Teheran verzichten würden, „wird dies zum ganz falschen Signal“ für Pjöngjang.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31753/33/317533345.jpg>

Ukrinform.ua: Poroschenko: Ich war beeindruckt mit Unterstützung der Ukraine in UNO Die Aufmerksamkeit zur Ukraine bei der UNO und die Unterstützung ihrer Position, auch unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats, sei äußerst hoch gewesen, sagte am Donnerstag nach den Treffen in New York der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Ich war sehr beeindruckt von der Unterstützung nach meiner Rede sowohl im UN-Sicherheitsrat als auch in der Generalversammlung. Sie können sehen, dass der Fokus auf die Ukraine auf den Lippen der Weltanführer äußerst hoch war“, stellte das Staatsoberhaupt fest. Er hat die Position der Weltpolitiker in der Frage der russischen Aggression gegen die Ukraine sehr hoch eingeschätzt.

„Das sind der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, und der französische

Präsident Emmanuel Macron, und die Präsidentin von Litauen, Dalia Grybauskaitė, und eine große Anzahl von Spitzenpolitikern der Welt, die heute der Ukraine in unserem gerechten Kampf für die Befreiung des ukrainischen Landes vom russischen Aggressor, vom Besatzer beistehen“, sagte er.

Poroschenko hob ferner hervor, der Besuch der ukrainischen Delegation in der 72. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen habe eine große Bedeutung für den Staat.

„Diese paar Tage waren sehr wichtig für die Ukraine bei der Formierung und Gewährleistung der weltweiten Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit unseres Staates“, unterstrich der ukrainische Staatschef.

de.sputniknews.com: **Neuer Umgang bei der UN mit russischen Initiativen**

Bei der diesjährigen 72. UN-Vollversammlung in New York wird anders als in den vergangenen Jahren auf Russlands Vorschläge reagiert. Das hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in einem TV-Interview berichtet. Früher stießen Moskaus Vorschläge für einen gemeinsamen Kampf gegen den Terror auf „Schweigen, Gezische und Verspottung“, berichtete Sacharowa im TV-Sender „Rossija 1“. Diesmal werde auf die Äußerungen über das internationale Recht nicht mit Grinsen, sondern mit „Vorschlägen zum Zusammenwirken“ reagiert.

Sacharowa betonte, dass nun ein absolut anderer Ton überwiege. „Man gibt Ratschläge, fragt nach, schlägt Zusammenwirken vor“, so die Außenamtssprecherin.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **12 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Slawjanoserbsk, Frunse, Kalinowo, Krasnyj Jar, Kalinowka, Shelobok und Sokoloniki.**

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Rumäniens Präsident sagt Ukraine-Besuch wegen Kiewer Bildungsgesetz ab**

Der rumänische Präsident Klaus Johannis hat seinen für Oktober geplanten Besuch in der Ukraine abgesagt. Er hat das mit dem vom ukrainischen Parlament verabschiedeten Bildungsgesetz begründet, meldet die rumänische Nachrichtenagentur Agerpres.

Präsident Johannis sagte laut Agerpres: „Als ich von diesem Gesetz erfahren habe, habe ich meinen Besuch in die Ukraine abgesagt. Ich habe auch den Empfang des ukrainischen Parlamentspräsidenten Ende September abgesagt, um den er mich gebeten hatte.“ So habe er an Kiew ein starkes diplomatisches Signal gesendet.

Johannis betonte, das Gesetz werde den Beziehungen zwischen Rumänien und der Ukraine schaden: „Das Gesetz wird den nationalen Minderheiten den Zugang zur Bildung in ihrer Muttersprache wesentlich beschränken.“

Zuvor hatte die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, einen Gesetzentwurf angenommen, der radikale Veränderungen im Bildungssystem der Ukraine vorsieht. Das neue Gesetz führt das Verbot der Bildung anderen Sprachen außer Ukrainisch ein. Danach wird es Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten nur bis 2020 an der Grundschule geben. Danach soll in allen Schulen nur noch in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31753/54/317535406.jpg>

Ukrinform.ua: Weißes Haus über Treffen von Poroschenko und Trump

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat sich am Donnerstag mit US-Präsident Donald Trump in Washington getroffen.

Nach Angaben des Weißen Hauses begrüßte Trump die ukrainischen Reformen, die zum Wirtschaftswachstum im Land und zur Erhöhung der Verteidigungskapazitäten beitrugen. Trump rief den ukrainischen Staatschef auf, „die Tätigkeit zur Beseitigung der Korruption und Verbesserung des Geschäftsklimas des Landes fortzusetzen“. Der US-Präsident habe auch seine Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine bekräftigt. Die Staatschefs hätten auch über Wege zur Waffenruhe in der Ostukraine gesprochen. Poroschenko nannte sein Treffen mit Trump produktiv. Er sagte, die Ukraine und die USA hätten eine gemeinsame Vision für die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Die Zusammenarbeit der Ukraine mit Partnerländern für die Unterstützung der Reformen werde fortgesetzt.

Poroschenko betonte auch, dass Washington den ukrainischen Vorschlag zu einer UN-Friedensmission im Donbass unterstützt habe.

Ukrinform.ua: Poroschenko über Treffen mit Trump: Wir haben echte Schulter des Freundes gespürt

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, sagte auf einem Briefing vor Journalisten nach den Verhandlungen in New York, dass er sehr positiv die Ergebnisse des Treffens mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, und seinem Team bewertet, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Ich kann sagen, dass das Treffen, das eine Stunde dauerte, äußerst produktiv war. Wir haben die echte Schulter unseres Freundes und Partners gespürt. Ich kann sagen, dass ich, als Präsident, sehr zufrieden mit dem aktuellen beispiellosen Stand der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten bin“, sagte der ukrainische Staatschef. In diesem Zusammenhang hat er das positive Ergebnis der Verhandlungen in mehreren Aspekten hervorgehoben.

Erstens: „Es war sehr wichtig, die volle, sehr starke Unterstützung der Reformen, die in der Ukraine durchgeführt werden, und die positive Bewertung der Ergebnisse, die wir durch diese Reformen erzielt haben, zu hören“. Die bilaterale Zusammenarbeit zur Unterstützung von

Reformen werde weiter aktiv fortgesetzt, sagte der Präsident. Zweitens, sagte Poroschenko, es habe eine sehr „lebendige und ausführliche Diskussion“ über die Zukunftsperspektiven der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten gegeben. „Wir haben uns geeinigt, dass unser Hauptziel die Befreiung (der Ukraine – Red.), die Wiederherstellung der Souveränität und die schnelle Wiederherstellung des Friedens auf dem ukrainischen Territorium ist“, betonte das ukrainische Staatsoberhaupt. Und drittens wurde ihm zufolge die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausführlich besprochen. „Besonders angenehm ist es, den großen Erfolg mit der ersten Platzierung des ukrainischen souveränen Bonds auf den Weltmärkten und eine große Nachfrage, die die ukrainischen Wertpapiere hatten, zu verzeichnen. Die Investoren stimmen mit dem Dollar für den Erfolg und das Vertrauen in ukrainische Reformen“, unterstrich Poroschenko. In diesem Zusammenhang hob er weiter hervor, dass eine beträchtliche Anzahl von diesen Investoren amerikanische Firmen vertrat. „Dies ist auch eine Form von Vertrauen und Sicherheit in den Erfolg der ukrainischen Reformen nicht nur von der Seite der amerikanischen Behörden, sondern auch seitens der US-Wirtschaft“, sagte der Präsident

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **25 Mal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **14 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde ein Haus in **Gorlowka** in der Astangow-Straße 6 beschädigt.

de.sputniknews.com: Hunderte Millionen US-Dollar für syrische Flüchtlinge
Die USA haben weitere 700 Millionen Dollar für humanitäre Hilfe an syrische Flüchtlinge bereitgestellt. Das gab das US-Außenministerium (State Departement) am Freitag bekannt. Der Behörde zufolge entfallen 516 Millionen Dollar davon an syrische Flüchtlinge, die sich im Land aufhalten. 88 Millionen sind für Geflüchtete in Jordanien vorgesehen, 35 Millionen an Syrer in der Türkei, 29 Millionen für syrische Flüchtlinge in Libanon. Für in den Irak geflüchtete Syrer sollen 15 Millionen bereitgestellt werden, 13 Millionen für jene in Ägypten und die restlichen zwei Millionen für syrische Flüchtlinge in anderen Ländern der Region. Insgesamt haben die USA laut dem State Departement seit 2012 7,4 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge ausgegeben.

Dan-news.info: Mehr als 3500 Objekte des Wohnfonds und der sozialen Infrastruktur wurden in Gorlowka in der gesamten Zeit des Konflikts in der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt oder zerstört.

„In mehr als drei Jahren wurden in Gorlowka 3430 private und Mehrparteienwohnhäuser sowie 146 Bildungs-, Gesundheits- und Kulturobjekte teilweise beschädigt oder zerstört“, teilte die Stadtverwaltung von Gorlowka mit.

Die größte Zahl an Zerstörungen wurde im Nikitowskij-Bezirk im Nordwesten von Gorlowka festgestellt. Nach Information des Bürgermeisteramts wurden bis heute bereits 574 Objekte wiederaufgebaut, wovon 512 zum Wohnfonds gehören. Dabei können mehr als 200 beschädigte Gebäude nicht wieder aufgebaut werden, darunter die Schule in Sajzewo. Gorlowka ist hinsichtlich Fläche und Einwohnerzahl die drittgrößte Stadt der DVR. Im August dieses Jahres erhielt sie aus Anlass ihres 238. Jahrestages den Titel „Stadt des militärischen Ruhms“ durch das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: **Italienische Biker sammeln Hilfspakete für Kinder im Donbass**
Im Rahmen einer humanitären Aktion am Donnerstag in Rom haben italienische Biker

Schulbücher, Schulsachen und Spielzeuge für Kinder im Gebiet Donezk gesammelt. Die Hilfspakete ergeben ein Gesamtgewicht von knapp 200 Kilogramm und sind auf dem Weg in den Donbass.

„Vor einigen Monaten habe ich beschlossen, Hilfspakete für Kinder im Donbass zu sammeln“, erzählte Klaudia Korbut, eine Organisatorinnen, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti. „Meine Freunde haben mir innerhalb von zwei oder drei Tagen 32 Kilogramm Kulis, Heften und Farben gebracht. Dann hab ich gedacht, dass es möglich ist, sogar mehr Sachen zu sammeln.“ Sie habe ihrem Freund, ein Biker, eine Nachricht geschickt, worauf dieser die ganze Gemeinschaft italienischer Biker davon informierte.

„Bikers sind sonderbare und zugleich wunderbare Menschen, deswegen sind wir hier, bei dieser Aktion“.

Die Sachen würden in die Schule im Donezker Bezirk Petrowskij und in ein großes Internat in Krasnodon, einer Bergarbeiterstadt im äußersten Osten der Ukraine, gebracht.

Die Leiterin der Kulturassoziation „Speranza“ sagte: „Außerdem treffen wir an Ort und Stelle die Entscheidung über die humanitäre Hilfe für andere Schulen. Wir glauben, wir können mehr Sachen sammeln, denn viele Menschen können heute nicht kommen. Dann fangen wir an, die die Ladung in den Donbass anzuliefern. Das wird ein oder zwei Monate dauern.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30745/86/307458698.jpg>

nachmittags:

Ukrinform.ua: **Haushaltsentwurf 2018: 165 Mrd. Dollar für Verteidigung**
(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Ukraine wird 2018 165 Mrd. Dollar, 5 Prozent des BIP, für die Sicherheit und Verteidigung ausgeben.

Das teilte Finanzminister Olexandr Danylyuk in der Fragestunde der Regierung im Parlament mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Unabhängig von der wirtschaftlichen Situation oder der Situation im Osten ist der Ausbau der Armee eine vorrangige Aufgabe für die Regierung“, sagte Danylyuk. Weitere Prioritäten seien auch Bildung, Gesundheitswesen,

Straßen, Landwirtschaft, Energieeffizienz und Dezentralisierung.

Existenzminimum und Mindestlohn steigen 2018

Die Regierung erwartet ab 1. Januar die Erhöhung des Existenzminimums und Mindestlohns. Das sagte Finanzminister Olexandr Danylujk in der Fragestunde der Regierung im Parlament, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Das Existenzminimum wird 2018 um 9 Prozent im Vergleich zum 2017 steigen. Es ist auch die Erhöhung des Mindestlohns vorgesehen, ab 1. Januar auf 3723 Hrywnja“, sagte der Minister.

de.sputniknews.com: Europa bleibt noch lange von russischem Gas abhängig — US-Energieministerium

Europa wird die Abhängigkeit vom russischen Gas in den kommenden 20 Jahren nicht überwinden können. Das geht aus einem Bericht des US-Energieministeriums hervor. Im Dokument wird der gesamte Energiemarkt bis 2040 analysiert. „Unter den europäischen Ländern wird eine ernsthafte Abhängigkeit vom Import des russischen Erdgases weiterhin bestehen“, heißt es im Bericht.

Das Energieministerium geht auch davon aus, dass sich die in Bau befindenden Pipelines aus Russland nach Europa und Asien das Exportvolumen vom russischen Gas in Zukunft erhöhen würden, während dessen Förderung auch zunehmen werde. „Die zu erwartende Zunahme an Erdgasförderung im Zeitraum vom 2015 bis 2040 in Russland ist unter anderem durch eine aktivere Entwicklung von Gasvorkommen im Osten des Landes und in der Arktis bedingt“, erklären die Experten.

Darüber hinaus wird die Steigerung der Ölförderung in Russland zum Jahr 2040 um fast 485 000 Barrel pro Tag prognostiziert.

Am 20. September hatte der russische Natur- und Umweltminister, Sergej Donskoj mitgeteilt, dass Gas zur Hauptenergiequelle in der Welt werde. Trotz der Entwicklung der alternativen Energetik werde sich der Anteil des organischen Brennstoffs nur zum Jahr 2050 von 80 auf 50 Prozent verringern

Ukrinform.ua: Poroschenko: Trump zu Zusammenarbeit mit Ukraine im Militärbereich bereit
Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat die Bereitschaft der USA zur Zusammenarbeit mit der Ukraine im Militärbereich bestätigt.

Der Staatschef sagte in einem Interview für den US-Sender FoxNews: „Außenminister Tillerson, wie auch der Präsident Trump heute, erklärte: wir sind bereit, die Ukraine zu unterstützen, darunter auch mit militärisch-technischer Zusammenarbeit“, sagte Poroschenko. Er betonte weiter, die Ukraine sei mit der Zusammenarbeit mit den USA zufrieden.

Poroschenko sei auch froh, dass Trump den ukrainischen Vorschlag über eine UN-Friedensmission im Donbass unterstützte.

Im Interview rief Poroschenko die Welt auch auf, zum Schutz von der Cyber-Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten andere Länder bereit zu sein. Er unterstrich auch die Unberechenbarkeit des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der den „Mechanismus der Weltsicherheit gesprengt hat“.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In der letzten Woche fand auf den Übungsplätzen der Streitkräfte der DVR das Finale der Panzerwettbewerbe zwischen Teams der Volksrepubliken statt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **25 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt. **In Richtung Donezk** hat der Gegner Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und

Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **acht Ortschaften** wurden drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und neun Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol wurden **Kominternowo, Sachanka und Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka wurden mit Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen der **Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“** und die Ortschaften **Gorlowka und Sajzewo** beschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche** das Regime der Feueereinstellung **235 Mal** verletzt und 677 Artillerie-, Panzer- sowie Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **23 Ortschaften der Republik** beschossen.

Am meisten waren von den Aktivitäten der Kriegsverbrecher der ukrainischen Streitkräfte der **Petrowskij- und Kirowskij-Bezirk von Donezk** betroffen, in denen **vier zivile Einwohner** in der Folge von Beschüssen verletzt und sieben Häuser beschädigt wurden.

Bei der Verteidigung der Republik wurde **ein Soldat der Volksmiliz der DVR** verletzt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte stellt weiter eine Verlegung von schweren Waffen in die Nähe der Kontaktlinie fest.

5 152mm-Haubitzen „D-20“;

3 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

3 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

5 Panzer T-64.

Das Fehlen von schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte an den Lagerorten wird auch täglich in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten:

12 152mm-Haubitzen „Msta-B“;

25 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;

19 152mm-Artilleriegeschütze „Giazint-C“;

18 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

6 10mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Insgesamt wurde in der letzten Woche das Fehlen von 96 schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Während der Durchführung der UN-Generalversammlung und der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk hat die Kiewer Führung alle möglichen Mittel zur unbegründeten Beschuldigung der Streitkräfte der DVR genutzt.

Indem sie ihre **Feuerpositionen in dicht bevölkerten Gebieten** einrichten, verstecken sich die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte hinter dem Rücken friedlicher Einwohner und verwenden sie als lebendes Schild, sie beschießen täglich das Territorium der Republik und versuchen, die Streitkräfte der DVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung folgendes entdeckt:

- in Nelepowka ein provisorischer Stationierungspunkt für Personal des 1. Bataillons der 128. Gebirgstruppenbrigade auf dem Territorium einer Schule;

- in Konstantinowka auf dem Territorium eines städtischen Krankenhauses die Stationierung der 5. bataillonstaktischen Gruppe der 81. Fallschirmjägerbrigade;

- in Marjinka 13 Feuerpositionen von Mörsermannschaften in den Höfen von Wohnhäusern des privaten Sektors.

Ich erwähne die hohe Professionalität und die einwandfreie Einhaltung der Minsker Vereinbarungen durch die Verteidiger der Republik. Sie gehen unter ständigem Risiko für ihr Leben trotz allem nicht auf Provokationen von Seiten der ukrainischen Straftruppen ein und geben den westlichen Beobachtern keinen Anlass, sie zu diskreditieren.

In der Ukraine geht der **aktive Konflikt zwischen den ukrainischen Streitkräften und den nationalistischen Formationen** weiter.

So hat einer der Feldkommandeure des „Rechten Sektors“ Stenzlikij erklärt, dass die ukrainischen Nationalisten niemals die Waffen niederlegen werden und alles tun werden, um den Donbass unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Solche Erklärungen und die Protestwelle von Seiten von Vertretern der Nationalisten sind eine Reaktion auf den Auftritt des Verteidigungsministers der Ukraine Poltorak in Lwow. Er erklärte, dass es in der Ukraine keine bewaffneten Einheiten außer der Armee und den Rechtsschutzorganen geben darf und alle ungesetzlichen nationalistischen Formationen umgebildet werden müssen.

Aber der Auftritt Poltoraks gegen die Existenz von Gruppierungen des „Rechten Sektors“ und ähnlicher Organisationen erfolgte keineswegs aus guten Erwägungen in Bezug auf das Volk des Donbass heraus und bei weitem nicht aufgrund der Absicht, den Krieg schnell zu beenden.

Gleichzeitig mit diesen Erklärungen erteilt er den Kommandeuren der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte offen das Recht, das Feuer auf die Territorien der Volksrepubliken zu eröffnen. Außerdem unterstützt Poltorak aktiv die Eskalation des Konflikts, indem er direkte Anweisungen gibt, eingefleischte Gangster in die Reihen der ukrainischen Streitkräfte aufzunehmen und jeden sofort beseitigt, der sich gegen den Krieg ausspricht. Neben der Entbindung des **stellvertretenden Kommandeurs der Bodentruppen Generalmajor der ukrainischen Streitkräfte** Nikitenko von seinen dienstlichen Pflichten hat Poltorak auch den **leitenden Psychiater des Verteidigungsministeriums** der Ukraine Oberst Oleg Drus **entlassen**. Dieser ist einer der wenigen Menschen, die professionell und angemessen die Situation in der Zone der sogenannten „ATO“ bewerten. Er hat öffentlich und begründet erklärt, dass „93% der Teilnehmer der ATO eine potentielle Gefahr für die Gesellschaft sind und Behandlung benötigen“.

Die Führung der Ukraine hat sich schon lange die einfache Wahrheit angeeignet, dass für eine erfolgreiche Erfüllung der Strafoperationen zur Vernichtung des eigenen Volkes Menschen ohne Gewissen und Ehre benötigt werden, die von der Gesellschaft abgelehnt werden. Im Zusammenhang damit fördert das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Einstellung von Menschen mit krimineller Vergangenheit für den Vertragsdienst in der ATO-Zone. Neben Soldaten, denen strafrechtliche Verfolgung droht und die regelmäßig in die ATO verbannt werden, wählt die Kiewer Führung im Rahmen des von Poroschenko am 2. September unterzeichneten Gesetzes über eine Amnestie für den Dienst in der ATO-Zone ehemalige Häftlinge aus, die Kampferfahrung haben.

Eine weitere Bestätigung dessen, dass die Kiewer Regierung keine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass plant, ist die Belobigung solcher Offiziere der ukrainischen Streitkräfte wie den Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade Sokolow.

Gerade auf seinen Befehl hin wurde der „Schulwaffenstillstand“ vollständig zum Scheitern gebracht. Im Geltungszeitraum der Vereinbarungen hat er mehr als 200 Mal das Feuer auf das Territorium der Republik mit schweren Waffen eröffnet, darunter auch mit von der Genfer Konvention verbotener Brandmunition.

Für die virtuose Erfüllung der Aufgaben zur Vernichtung des Volkes des Donbass hat das übergeordnete Kommando Sokolow nicht nur mit 10.000 Quadratmetern Land im Oblast Kiew belohnt, sondern verschließt auch die Augen vor dem von ihm erzeugten Chaos in den untergeordneten Verbänden. Auf dem Hintergrund der blühenden Geldabgaben vom Personal und dem nicht ordnungsgemäßen Verhältnis untereinander sind zahlreiche Fälle von Verbrechen von Soldaten im betrunkenen Zustand und von Desertion zu bemerken.

So haben unsere Quellen unter den Soldaten der 72. Brigade mitgeteilt, dass der Kommandeur einer Mörsermannschaft, Oberfeldwebel Welitschko, der von Anfeindungen Sokolows wegen der Nichtausführung eines Befehls zum Beschuss von Wohngebieten von Staromichajlowka gequält wurde, am 12. September mit der Waffe desertiert ist und bis jetzt nach ihm gefahndet wird. Außerdem wurde uns bekannt, dass Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane vom

Assistenten eines Granatschützen, dem Soldaten Tschujko, nach dem auch gefahndet wird, schwere Körperverletzungen zugefügt wurden. Er leistete Widerstand bei seiner Festnahme wegen Störung der öffentlichen Ordnung in betrunkenem Zustand.

Wenn man diese Sachverhalte berücksichtigt, kann man mit Überzeugung behaupten, dass sich in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte bald nur noch Kriminelle mit sadistischen Neigungen und kranker Psyche befinden werden sowie Kommandeure, die den Kurs Kiews unterstützen, der auf eine Vernichtung des Volks des Donbass abzielt.

de.sputniknews.com: „Syrien zu fast 90 Prozent IS-frei“: Russische Armee zieht Bilanz
Zwei Jahre nach Beginn seines Anti-IS-Einsatzes in Syrien zieht das russische Militär eine Zwischenbilanz: Seit September 2015 hat die Luftwaffe fast 100.000 Ziele zerstört - weite Teile des Landes sind von den Terroristen befreit, Tausende Hektar von ihren Minen gesäubert worden.

Seit Beginn des Einsatzes am 30. September haben russische Kampffjets mehr als 92.000 Angriffe geflogen und 96.828 Objekte der Terroristen zerstört, berichtet die Zeitung „Krasnaja Swesda“, ein offizielles Presseorgan des Moskauer Verteidigungsministeriums, am Freitag. Durch die Angriffe seien Zehntausende Terrorkämpfer getötet, Tausende Befehlsstände, Munitionslager und Trainingscamps zerbombt worden. Darüber hinaus seien 212 Ölvorkommen und 184 Raffinerien und 132 Öl-Konvois der Dschihadisten zerstört worden. „Mittlerweile sind 87,4 Prozent des Territoriums der Arabischen Republik Syrien frei vom IS“, hieß es.

Parallel dazu hätten russische Minenräumer 60.384 Landminen und weitere explosive Gegenstände entschärft; rund 5295 Hektar, darunter 2956 Hektar in der Millionenstadt Aleppo und 2339 Hektar in der antiken Oasenstadt Palmyra seien entmint worden. Fast 600 syrische Minenräumer seien von russischen Instruktoren ausgebildet worden.

Der Syrien-Krieg brach 2011 aus. Gegen die Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad kämpften von den USA unterstützte Rebellen, aber auch die islamistischen Terrormilizen Daesh, al-Nusra-Front und andere. Die russische Luftwaffe fliegt seit September 2015 auf Bitte der Regierung in Damaskus Luftangriffe gegen die Terroristen in Syrien.

Parallel dazu bemüht sich Russland gemeinsam mit der Türkei und dem Iran um eine Aussöhnung der Regierung und der Opposition. Seit Ende 2016 gilt zwischen diesen eine Waffenruhe. Darüber hinaus wurden zum Schutz der Zivilbevölkerung sogenannte Deeskalationszonen eingerichtet.

Ukrinform.ua: Spanien verspricht Unterstützung der OSZE-Mission in der Ukraine
Die Verletzung des Prinzips der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sei besorgniserregend, erklärte in seiner Rede von der Tribüne der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit von Spanien, Alfonso Dastis, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Das Oberhoheitsrecht im internationalen Feld kann Verstöße gegen den Grundsatz der Souveränität und territorialen Integrität eines Staates nicht zulassen. Die Annexion der Krim ist eine Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und verletzt offen das Völkerrecht. Es ist ärgerlich, dass eine solche Handlung einen Platz in Europa des XXI. Jahrhunderts hat“, sagte Dastis.

Er zeigte sich auch besorgt über die Dauer des Konflikts in der Ostukraine und stellte fest, dass seine Lösung die Einhaltung der Vereinbarungen von Minsk erfordert. „Auch verdient die OSZE-Mission jegliche unsere Unterstützung“, fügte der Chef des Außenministeriums von Spanien hinzu.

de.sputniknews.com: Peskow: "Wir wissen nicht, was 'Russiangate' ist"
Moskau hat laut dem Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow die Anzeigen, die die US-amerikanischen Rechtsschutzorgane so interessieren, nie auf Facebook veröffentlicht. „Wir haben keine Ahnung, wer und auf welche Weise die Werbung auf Facebook veröffentlicht. Die russische Seite ist dazu nie in Bezug gestanden, wir haben damit absolut nichts zu tun“, kommentierte Peskow das Interesse der US-amerikanischen Behörden an Anzeigen im sozialen Netzwerk. "Wir wissen nicht, was 'Russiangate' ist".
Wie berichtet wurde, hatte Facebook vor Kurzem einen Blog-Eintrag über seine Recherche zu Russlands angeblichem Einfluss auf die US-Präsidentschaftswahl vom Vorjahr veröffentlicht und diese mit Zahlen unterlegt. Demzufolge sollen „russische Drahtzieher“ über Anzeigenplätze bei dem sozialen Netzwerk den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten beeinflusst haben.
In den USA laufen noch immer Ermittlungen zu der angeblichen Einmischung Russlands in den US-Wahlkampf. Das FBI soll klären, ob es 2016 vor der US-Präsidentschaftswahl Absprachen zwischen Russland und Donald Trumps Wahlkampfteam gegeben hatte. Der Kreml hat solche Vorwürfe bereits mehrfach zurückgewiesen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Das Fehlen von ukrainischer Technik und Waffen, die abgezogen sein müssen, in den Lagerorten wird täglich in den offiziellen Berichten der OSZE-Mission festgestellt. In den Lagerstätten für Waffen der ukrainischen Streitkräfte werden wie zuvor Fehlbestände festgestellt: 8 152mm-Haubitzen 2S19 „Msta-C“, vier davon fehlen das erste Mal; 12 152mm-Haubitzen 2A65 „Msta-B“; 28 152mm-Haubitzen D-20; 19 152mm-Haubitzen 2A36 „Giazint“; 18 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“; 6 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“; 6 122mm-Haubitzen D-30; 11 120mm-Mörser 2B11 „Sani“; 18 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; 12 85mm-Antipanzergeschütze D-48.
Wir sind überzeugt, dass die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte teilweise mit diesen Waffen das Territorium der LVR beschießen.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **76 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Geschossen wurde mit allen Arten von Waffen. Es wurden 122mm-Artillerieschütze, 120- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art, Schützenpanzer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 779 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zur Woche davor hat sich die **Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 17 erhöht** und die Zahl der Geschosse hat sich fast auf das 2,5fache erhöht. In der Folge der Beschüsse von **Donzekij** und der Umgebung von **Lugansk (Krasnyj Jar)** wurden eine Reihe privater Häuser zerstört und brannten ab. Opfer unter der friedlichen Bevölkerung gibt es nicht.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10 Gebirgstruppenbrigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant Drapatyj, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Shakun. Trotz der Versuche einer friedlichen Regelung des Konflikts konzentrieren die Kiewer Truppen in Verletzung der Minsker Vereinbarungen weiter Waffen und Militärtechnik an der Kontaktlinie.

Am 18. September wurden örtliche Einwohner von Makarowo, Staniza-Luganskaja-Bezirk, Zeugen der Bewegung einer Kolonne Militärtechnik mit 20 Stück Technik in Richtung Abgrenzungslinie.

Während der Entladung eines Zugs mit Militärtechnik an der Station Olchowaja, Staniza-Luganskaja-Bezirk, der gestern eingetroffen ist, kippten zwei Panzertransporter um. Dieser Fall demonstriert deutlich das Niveau der professionellen Ausbildung der ukrainischen Soldaten.

Auch wurde bekannt, dass im Verantwortungsbereich der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Pschenitschnoje eine Gruppe ausländischer Soldaten stationiert ist, vermutlich aus Polen, die Ausbildung von ukrainischen Soldaten betreiben.

Zuvor wurde von einem Konflikt zwischen Soldaten der 14. Brigade und litauischen Instruktoren berichtet.

Jetzt erwarten wir kriminelle Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen.

Die Konzentration von Kräften und Mitteln in der Nähe der Kontaktlinie, die Heranziehung ausländischer Söldner wird von uns als ein weiterer Versuch der Provokation der militärisch-politischen Führung der Ukraine bewertet und als fehlende Bereitschaft der ukrainischen Truppen, den „Schulwaffenstillstand“ einzuhalten.

Ebenfalls in der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur Oberst Shakun ist, ist der moralisch-psychische Zustand des normalen und Unteroffizierspersonals auf dem Hintergrund der verzögerten Rotation aus der „ATO“-Zone hinaus kritisch niedrig. Und dafür gibt es Bestätigungen.

Nach den Worten von örtlichen Einwohnern haben am 17. September in Staniza Luganskaja Soldaten der 14. Brigade in betrunkenem Zustand eigenmächtig ihre Positionen auf einem Schützenpanzer verlassen und haben ein privates Haus in Walujskoje ausgeraubt, den Zaun zerstört und alle wertvollen Sachen mitgenommen. Die örtliche Polizei weigert sich, ein Strafverfahren dazu einzuleiten.

Ein zuvor bereits verurteilter 54 Jahre alter Soldat der Brigade hat am 18. September im betrunkenen Zustand einem 23 Jahre alten Einwohner von Staniza Luganskaja eine Stich- und Schnittwunde am Brustkorb zugefügt.

Der Sachverhalt, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte **Drogen nehmen**, ist einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

In Rubeshnoje wurde am 18. September an einem Busbahnhof eine Soldat von einer Polizeiabteilung beim Versuch, Drogen an Zivilisten zu verkaufen, festgenommen.

Alle oben genannten Sachverhalt zeugen vom völligen Niedergang und Zerfall nicht nur dieser einzelnen Brigade, sondern der ukrainischen Armee insgesamt.

de.sputniknews.com: Lawrow antwortet Hackern

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Uno dazu aufgerufen, sich unverzüglich mit dem Kampf gegen Cyber-Kriminalität zu befassen, schreibt die „Nesawissimaja Gaset“ am Freitag.

Lawrow teilte demnach in der allgemeinen politischen Diskussion bei der 72. Sitzung der UN-Vollversammlung mit, dass Russland den Entwurf eines einheitlichen Übereinkommens zur Bekämpfung der Cyberkriminalität vorbereite, dessen Thema unter anderem Hackerangriffe seien. Die Vereinten Nationen betrachteten diesen Schritt als Antwort auf die endlosen Vorwürfe gegen Moskau wegen Einmischung in die Wahlprozesse im Westen. Der Terminkalender des russischen Außenministers bei der gegenwärtigen Sitzung der UN-Vollversammlung war äußerst vollgepackt. Im Laufe von vier Tagen absolvierte er einen diplomatischen Marathon und nahm an rund 50 Veranstaltungen teil. Einer der wichtigsten Punkte seines Programms war sein Auftritt vor den Delegierten der UN-Vollversammlung. Lawrow erinnerte zu Beginn seiner Rede daran, dass die UN-Vollversammlung im Dezember des vergangenen Jahres eine Resolution über die Förderung der Aufstellung einer demokratischen und gerechten Ordnung verabschiedet habe. Darin sind die Unzulässigkeit der Einmischung in innere Angelegenheiten von souveränen Staaten, die Nichtanerkennung des Umsturzes für Machtwechsel, der notwendige Ausschluss der Versuche des Drucks einzelner

Staaten auf die anderen — darunter die grenzübergreifende Anwendung der nationalen Gesetzgebung — verankert. Bei der Abstimmung waren damals ausgerechnet jene Länder in der Minderheit gewesen, die versucht hatten, bei globalen Angelegenheiten zu dominieren und Modelle der Entwicklung und eigene Werte aufzudrängen, durch die Ausrichtung auf die Logik der Unipolarität.

In diesem Zusammenhang ist erfreulich, dass US-Präsident Donald Trump von der Wichtigkeit der Einhaltung der Prinzipien der Souveränität in internationalen Angelegenheiten sprach. Darüber, dass man die Führungsrolle am eigenen Beispiel nachweisen soll, ohne seinen Willen anderen Ländern aufzudrängen.

Lawrow zufolge befürwortete Russland immer solche Prinzipien in internationalen Beziehungen wie Souveränität, den Verzicht auf die Einmischung in innere Angelegenheiten, die Gleichheit der Völker und gegenseitigen Respekt. Im Unterschied dazu habe der Westen seine Politik nach dem Prinzip „wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ aufgebaut, indem man sich für die Erweiterung der Nato gen Osten entschloss, indem Instabilität im postsowjetischen Raum provoziert und antirussische Stimmungen gefördert wurden. Gerade in einer solchen Politik würden die Wurzeln des sich in die Länge gezogenen Konfliktes im Südosten der Ukraine stecken.

Trotz Anstrengungen im Normandie-Format und in der Kontaktgruppe arbeitet Kiew neue Tricks aus, um eigene Verpflichtungen gemäß dem Minsker Abkommen nicht zu erfüllen. Bei der Suche nach allgemein annehmbaren Wegen zur Umsetzung der Minsk-2-Abkommen legte Russlands Präsident Wladimir Putin eine Initiative zur Einrichtung der UN-Mission zur Überwachung der OSZE-Beobachter im Donezbecken vor. Russland rechnet damit, dass sein Resolutionsentwurf die Regelung der innerukrainischen Krise und ein konstruktives Zusammenwirken mit westlichen Partnern fördern wird.

Lawrow hob hervor, dass es frevlerisch ist, sich im UN-Gebäude scheinheilig über die Meinungsfreiheit zu kümmern und bei jenen Nachsicht zu üben, die die Nazi-Ideologie vertreten und für die Heroisierung von Faschisten und ihrer Helfershelfer eintreten. Im zivilisierten Europa werde die Demontage der Denkmäler für Helden des Zweiten Weltkriegs zugelassen, der Sieg in dem das Fundament der Uno liegt. Lawrow hält es für notwendig, diesem Problem die vorrangige Aufmerksamkeit in der UN-Vollversammlung und in der UNESCO zu widmen.

In Bezug auf die derzeit weit verbreitete Praxis der einseitigen Sanktionen außerhalb der Sanktionen des UN-Sicherheitsrats sagte Lawrow, dass sie illegitim ist und einen gemeinsamen Charakter der internationalen Anstrengungen untergräbt. Ihm zufolge ist es nicht erstaunlich, wie alle mit Besorgnis beobachten, wie die neuen Sanktionen der USA gegen den Iran die Umsetzung des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans bedrohen, der einer der wichtigsten Faktoren der internationalen und regionalen Stabilität wurde.

Russlands Außenminister berichtete in seinem Vortrag, dass Russland einen Entwurf eines universellen Übereinkommens zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, darunter Hackerangriffe, vorbereite. Er schlug vor, eine Diskussion zu diesem Thema bereits bei der jetzigen Sitzung aufzunehmen. Im UN-Hauptquartier wurde diese Verkündigung als Antwort auf andauernde Vorwürfe gegen Moskau wegen der Einmischung in die Wahlprozesse im Westen wahrgenommen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31532/24/315322421.jpg>

de.sputniknews.com: Raketenangriff auf Flughafen von Damaskus – Israelische Luftwaffe unter Verdacht

Mindestens zwei Raketen sind am Donnerstag Medienberichten zufolge in der Nähe des Flughafens von Damaskus eingeschlagen. Nach Meldungen des Senders Al-Masdar steckt die israelische Luftwaffe hinter dem Angriff.

Opfer gebe es keine, hieß es. Laut weiteren Berichten war ein Munitionslager Ziel des Angriffs gewesen.

Die israelische Zeitung Jedi'ot Acharonot mutmaßte, dass israelische Jets die Raketen abgefeuert hätten, ohne in den israelischen Luftraum einzudringen. Das israelische Militär hat diesen Vorfall bislang nicht näher kommentiert.

Lug-info.com: Der Ministerrat der LVR hat einen Erlass „Über Maßnahmen der sozialen Unterstützung einer einzelnen Kategorie von Rentenempfängern“, bei dem die Rentenhöhe auf 2730 Rubel für die Rentner, die bisher niedrige Zahlungen erhalten, erhöht wurde. Dies teilte die Ministerin des Ministerrats Natalja Chorschewa mit. Berücksichtigt werden hier Zuschläge, Erhöhungen, zusätzliche Renten, zielgerichteter finanzieller Unterstützung, Renten für besondere Verdienste und andere Zuschläge zu Rente gemäß der gültigen Gesetzgebung. Der Erlass tritt ab dem 1. Oktober 2017 in Kraft.

Ukrinform.ua: EU-Parlamentarier verurteilten erneut russische Aggression gegen die Ukraine
Freunde der Ukraine im Europäischen Parlament haben wieder ihre Solidarität mit der Ukraine im Zusammenhang mit der russischen Aggression bekundet, wurde dem Ukrinform-Korrespondenten in Brüssel im Europäischen Parlament nach dem Besuch von einer Gruppe von EU-Abgeordneten in der Ukraine, einschließlich des Besuchs der Trennlinie in der Nähe von durch Russland besetzten Gebiete in der Ostukraine, mitgeteilt.

„Während des Gesprächs mit den ukrainischen Partnern, die die Werchowna Rada vertreten, mit Mitgliedern der Regierung, einschließlich des Premierministers Wolodymyr Hrojsman, haben wir erneut die russische Aggression entschlossen verurteilt und starke Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und Einheit der Ukraine bekundet“, betonte man im Europäischen Parlament.

Auch wurde von der EU wieder die unentwegte Politik bei der Nichtanerkennung der durch Russland rechtswidrigen Annexion der ukrainischen Krim versichert.

Vom 18. bis 21. September hatte eine Gruppe von EU-Abgeordneten Kiew, Dnipro und Awdijiwka besucht.

de.sputniknews.com: Russlands größte Bank unter Sanktionendruck: Sberbank zieht sich aus Europa zurück

Die russische Sberbank will wegen der verhängten Sanktionen den Markt einiger europäischer Länder verlassen. Das hat der Vorstandsvorsitzende der Bank, Herman Gref, am Freitag dem russischen TV-Sender „Rossija 24“ mitgeteilt.

„Wir optimieren derzeit unsere Tätigkeit in Europa, eine Reihe der Länder werden wir verlassen, wir werden unser Hauptbüro in Europa optimieren. Es ist äußerst schwer, unter den Sanktionen in Europa zu arbeiten“, so Gref.

Obwohl die Sberbank „eine kleine Bank in Europa“ sei, zähle sie zu den „systemisch wichtigen Banken“ und stehe unter direkter Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Unter den aktuellen Umständen sei es schwer, alle mit der Kontrolle verbundenen Ausgaben zu tragen.

Die Sberbank ist die größte Finanzinstitution Russlands und verfügt über Filialen im Ausland, darunter in neun Ländern Zentral- und Osteuropas (Sberbank Europe AG, früher Volksbank International) und in der Türkei (DenizBank).

Abends:

Ukrinform.ua: **Pro-russische EU-Abgeordnete bereiten eine Provokation gegen Ukraine vor**

Nächste Woche ist im Europäischen Parlament ein Runder Tisch geplant, an dem die Fragen der angeblichen „Verletzung der Menschenrechte, Beschränkungen der Meinungsfreiheit und politische Repressionen in der Ukraine“ diskutiert werden sollen.

Die Veranstalter sind einige Abgeordnete und politische Gruppen des EU-Parlaments, die traditionell die Positionen fördern, die nah zum propagandistischen und Desinformationshybridkrieg des Kremls gegen Ukraine stehen, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel.

Ukrainische Gesellschaftsaktivisten in Europa haben sich schon bereit erklärt, an der provokativen Veranstaltung aktiv teilzunehmen und ihren Teilnehmern das Wesentliche und die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine zu erklären.